Die Vereinigten Staaten taten sich lange schwer mit Europa. Wie sollten sich ihre Beziehungen zum Alten Kontinent gestalten, und wie konnte man Europa nach dem Zweiten Weltkrieg so organisieren, dass von dort nicht bald wieder eine Gefahr für die Welt ausging? Über diese Fragen berieten im Auftrag von Präsident Roosevelt schon während des Krieges die klügsten Köpfe. Veronika Heyde, eine Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, zeichnet diese Beratungen nach und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass man in Amerika der Idee eines geeinten Europa zunächst voller Skepsis begegnete; erst der Marshallplan brachte die Wende.

Veronika Heyde

Amerika und die Neuordnung Europas vor dem Marshallplan (1940–1944)

Einführung und Forschungsstand

Der erfolgreiche Prozess der europäischen Einigung hätte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ohne amerikanische Hilfe nicht so schnell beginnen können. Dank der großzügigen Dollarspritzen im Rahmen des Marshallplans 1947/48 konnten die zerstörten europäischen Länder ihren Wiederaufbau relativ rasch vorantreiben und so den Grundstein für die Einigung legen. Der Ruf nach einem engen Zusammenschluss der europäischen Länder ebenso wie nach einer supranationalen Kontrollorganisation für Europa war schon Anfang der zwanziger Jahre aufgekommen. Nicht nur Graf Coudenhove-Kalergi und sein Buch „Paneuropa“, sondern auch die Schriften der englischen Föderalisten der Gruppe „Federal Union“ sowie die Italiener Giovanni Amendola und Luigi Einaudi hatten das Thema der europäischen Einigung in den Mittelpunkt einer zwar elitären, aber doch öffentlichen Debatte gestellt. Die Idee fand allerdings keine Mehrheit und blieb der Traum einer kleinen Gruppe von Visionären. Erst das offensichtliche Scheitern des Völkerbundes und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges machten die Vorteile einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit und die Notwendigkeit einer Organisation mit einem weiteren Kompetenzrahmen, als der Völkerbund ihn bot, einem breiteren Publikum und den europäischen Staatsmännern vertraut. Recht schnell wurde es nun zur allgemeinen Überzeugung, dass der Frieden auf dem europäischen Kontinent auf Dauer am besten durch die solidarische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und die Vereinbarung gemeinsamer Normen für verschiedene Wirtschafts- und Verwaltungsbereiche zu sichern sei.

Daher konnte auch die Bedingung, die die Amerikaner an die Bereitstellung ihrer von den europäischen Staaten dringend benötigten finanziellen Mittel knüpften, ohne weiteres akzeptiert werden: Die europäischen Länder sollten bei der Verteilung der Mittel supranational zusammenarbeiten. So war der Marshallplan nicht nur der Auslöser für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft,

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 1/2010 © Oldenburg 2010 DOI 10.1524/vfzg.2010.0005
Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch der erste Schritt auf dem Weg zu engerer Zusammenarbeit und am Ende zur europäischen Einigung.

In den Vereinigten Staaten war die Überzeugung, den europäischen Kontinent bei seiner Einigung unterstützen zu müssen, jedoch lange nicht mehrheitsfähig. Während des Krieges stand der Großteil der amerikanischen Regierung der Idee eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses im Gegenteil recht ablehnend gegenüber. Insbesondere Außenminister Cordell Hull war kein Anhänger der Vision eines geeinten Europas mit eigener politischer Entscheidungskraft. Er träumte vielmehr von der baldigen Schaffung einer starken Weltorganisation, in der auch kleine Länder eine gleichberechtigte Stimme haben sollten. Hulls Meinung nach konnte der Frieden in der Welt nur auf diese Weise garantiert werden, wohingegen die Schaffung von mehreren konkurrierenden multinationalen Bündnissen von Neuem ein prekäres System des Machtgleichgewichts und der Einflusssphären hervorbringen musste, das die Konflikte zwischen den Staaten nur noch mehr verschärfen würde. In seinen Memoiren vermerkte er, dass er und die meisten seiner Kollegen innerhalb und außerhalb des State Departments, außer dem Stellvertretenden Außenminister Sumner Welles, eine starke Weltorganisation wünschten, die über jeder regionalen Organisation stünde[1].

Dennoch waren sich der amerikanische Präsident und sein Außenminister der Wichtigkeit der „europäischen Idee“ durchaus bewusst. Nicht umsonst betrauten sie die klügsten Köpfe ihrer Regierung mit der Aufgabe, sich intensiv mit den verschiedenen Möglichkeiten einer Neuorganisation Europas nach dem Krieg auseinanderzusetzen.

Die Konzepte der amerikanischen Regierung zur Organisation der Welt nach dem Krieg und zur Rolle, die die USA darin spielen sollten, wurden von Historikern bereits eingehend untersucht. Die amerikanische Europapolitik wird dabei allerdings erst ab 1945 und insbesondere ab 1947 analysiert, als die amerikanische Regierung bereits zu einer positiven Haltung zur europäischen Einigung gefunden hatte. In der Forschung zu den Jahren davor stehen hauptsächlich Aspekte der strategischen Kriegführung, der späteren Behandlung Deutschlands und nicht europapolitische Überlegungen im Vordergrund. Zu nennen sind hier vor allem die „Dokumente zur Deutschlandpolitik“[2], deren wissenschaftliche Leitung Hans-Peter Schwarz und Hans-Adolf Jacobsen innehatten. Zahlreiche Quellen zur Nachkriegsplanung aus dem amerikanischen Außenministerium, von denen einige auch für den vorliegenden Aufsatz relevant sind, finden sich dort abgedruckt und kommentiert. Auch die komplizierte Organisationsstruktur der miteinander verwobenen und hochkarätig besetzten Beratungsgremien wird genauestens aufgeschlüsselt. Das Hauptaugenmerk des einschlägigen Bandes ist dabei, wie der Titel ankündigt, auf die amerikanischen Überlegungen bezüglich der künftigen Behandlung Deutschlands gerichtet. Zwar werden diese auch zur Sowjetunion oder zum Wiederaufbau Europas in Bezug gesetzt, auf die ameri-

[1] Vgl. Cordell Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Bd. II, New York 1948, S. 1640.

[2] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, 1. Reihe/Bd. 4: 1. Januar bis 31. Dezember 1943. Amerikanische Deutschlandpolitik, bearb. von Marie-Luise Goldbach, Frankfurt a. M. 1991.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanischen Debatten über eine mögliche Vereinigung Europas wird jedoch nicht eingegangen. Walter Lipgens weist in seinen „Documents on the history of European integration“[3] ebenfalls auf die Existenz der beratenden Gremien im Außenministerium hin, er analysiert jedoch nicht deren Diskussionen und Ergebnisse. Auch in Hans-Peter Schwarz' Werk „Vom Reich zur Bundesrepublik“[4], das nicht nur den amerikanischen, sondern auch den britischen, sowjetischen und französischen Standpunkt zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg darstellt, werden die amerikanischen Europadiskussionen vor Kriegsende nicht behandelt. Klaus Schwabes Studien zur Europapolitik der USA setzen überhaupt erst ein, als in Amerika die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Einigung im Rahmen des Marshall-Plans zu keimen begann[5]. John Gillingham analysiert zwar die allgemeine Entwicklung der amerikanischen Europakonzeption vom Morgenthau-Plan zum Schuman-Plan, geht aber nicht auf die Debatten ein, die bereits zu Kriegszeiten im State Department geführt wurden[6].

Die 2002 erschienene Textsammlung „American Debates on Central European Union. 1942–1944“[7] präsentiert erstmals die Protokolle der Beratungen, die im State Department über eine zentral- und osteuropäische Union angestellt wurden. Die Tatsache, dass ähnliche Debatten über eine eventuelle Einigung Westeuropas oder des europäischen Kontinents als Ganzem geführt wurden, wird jedoch nicht erwähnt. Da dieser wichtige Teilaspekt bis heute auch sonst noch nicht zusammenfassend dargestellt worden ist, setzt es sich der vorliegende Aufsatz zum Ziel, diese Lücke füllen.

Was Amerikas tatsächliche Rolle bei der Gestaltung der europäischen Einigung in den Jahren nach dem Krieg angeht, so wurde auch diese bereits des Öfteren behandelt. Dabei gehen die Meinungen darüber auseinander, welche Bedeutung man den USA beimessen soll. Während die Mehrheit betont, die USA hätten hauptsächlich aufgrund ihres Hegemoniestrebens und ihrer kommerziellen Interessen gehandelt, vertritt die Minderheit die Meinung, die amerikanische Hilfe für Europa sei altruistischen Ursprungs gewesen. Einige kritisieren, die USA hätten sich nicht genug für die Schaffung eines föderalen Europas eingesetzt, andere hingegen sehen in der anti-föderalen Haltung der Amerikaner den eigentlichen Beginn des Einigungsprozesses: die heutige europäische Union habe nur deshalb

[3] Vgl. Walter Lipgens, Documents on the history of European integration, 4 Bde, Berlin 1985–1991.

[4] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1947, Berlin 1966.

[5] Vgl. Klaus Schwabe, Die Vereinigten Staaten und die Einigung Europas 1945–1952, in: Otmar Franz, Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 166; Klaus Schwabe, The United States, Western Security and European Integration (1945–1963), in: Michel Dumoulin/Geneviève Duchène (Hrsg.), L'Union européenne et les Etats-Unis, Brüssel 2003, S. 27–64.

[6] Vgl. John Gillingham, From Morgenthau Plan to Schuman Plan: America and the Organization of Europe, in: Jeffry M. Diefendorf u. a. (Hrsg.), American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955, Washington 1993, S. 111–133.

[7] Vgl. Jósef Laptoz/Mariusz Misztal, American Debates on Central European Union 1942–1944: Documents of the American State Department, Brüssel 2002.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entstehen können, weil man entschieden habe, in kleinen Schritten voranzugehen und die nationalen Besonderheiten zu respektieren, anstatt sofort ein föderales Ganzes zu formen.

Die Frage des Einflusses der Vereinigten Staaten auf die europäische Integration erscheint also komplex genug, um verschiedene Interpretationen zuzulassen. Einer der Gründe dafür liegt auch in den methodischen Schwierigkeiten, denn es müssen eine Vielzahl von Akteuren und Dimensionen miteinbezogen werden: die USA, die europäischen Staaten, die neuen supranationalen und intergouvernementalen Institutionen, die multinationalen transatlantischen Organisationen wie die NATO sowie externe Akteure wie die Sowjetunion. Geir Lundestad erklärt beispielsweise in seiner Studie „‚Empire' by integration"[8], die USA hätten ihre Machtstellung genutzt, um aus Westeuropa einen Teil ihrer Einflusszone, ihres „Empire", zu machen. „Empire" bedeutet in diesem Zusammenhang ein politisch hierarchisches System mit einem Zentrum und nicht „Empire" im Sinn einer formellen Kontrolle der USA über Europa. Lundestad spricht auch von „Empire by invitation" in dem Sinn, dass die Europäer es nach dem Krieg nicht nur nicht abgelehnt hätten, sich dem amerikanischen Einfluss zu beugen, sondern dass sie die Vereinigten Staaten im Gegenteil dazu eingeladen hätten, sich in die europäischen Fragen einzumischen.

In der Tat waren die europäischen Staaten nach dem Krieg so geschwächt, dass sie die amerikanische Hilfe vor allem in drei Bereichen benötigten: im ökonomischen Bereich, um die verwüstete Wirtschaft wieder aufzubauen, im politischen Bereich, um den kommunistischen Einfluss zu bannen, und im militärischen Bereich, um sich gegenüber der Sowjetunion zur Wehr setzen zu können. Lundestad vertritt die Meinung der Mehrheit der Historiker, wenn er betont, dass die USA durch die Lancierung des Marshallplans in dem Moment, als die Hoffnung auf eine friedliche Nachkriegszeit verebbte, Europa nicht aufgrund eines selbstlosen Altruismus zur Hilfe geeilt seien. Sie wollten im Gegenteil fünf Ziele erreichen: den kommunistischen Einfluss eindämmen, Westeuropa in das westliche Bündnis integrieren, ein System atlantischer Sicherheit unter ihrer Kontrolle etablieren, die rechts- und linksextremen Parteien von den Regierungen fernhalten und Europa für die amerikanische Massenkultur öffnen. Angesichts der expansionistischen Politik der Sowjetunion wurden sich die USA schließlich auch der Tatsache bewusst, dass sie Europa als Partner brauchten.

Im Folgenden soll nun Amerikas Haltung zu europäischen Einigungsplänen in den Kriegsjahren und damit zu einem Zeitpunkt dargestellt werden, als noch keine Dringlichkeit für einen engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten bestand. Die Diskussionen innerhalb des State Department zeigen dabei recht deutlich, dass die europäische Einigung nicht zu den vordringlichen Projekten der damaligen Beamten und ihres Präsidenten gehörte. Wie bislang zum größten Teil noch unveröffentlichte Dokumente aus amerikanischen Archiven in Washington, Princeton und den Presidential Libraries von Franklin Delano Roosevelt und

[8] Vgl. Geir Lundestad, „Empire" by integration. The United States and European integration, 1945–1997, New York 1998.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Harry S. Truman belegen, gründete das State Department schon im Jahre 1939 in enger Zusammenarbeit mit dem „Council on Foreign Relations" spezielle Studienkomitees, um die Frage des europäischen Neuaufbaus nach dem Krieg zu untersuchen. Bis zum Jahr 1944 prüfte das State Department verschiedene Alternativlösungen, wie nach dem Krieg die Stabilität in Europa garantiert werden könne, und analysierte dabei auch die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Einigung.

Die Tatsache, dass die Debatten dieser Studienkomitees noch nicht Gegenstand einer umfassenden Darstellung waren, ist vielleicht damit zu erklären, dass das State Department während der Präsidentschaft Roosevelts lediglich eine untergeordnete Rolle spielte und kein sehr enger Austausch zwischen den Mitgliedern der Studienkomitees und den Politikern des Weißen Hauses bestand. Trotzdem lohnt sich die genaue Analyse der Protokolle, da sie auf sehr authentische Weise die unterschiedlichen Überlegungen der amerikanischen Politiker, Wirtschaftsexperten und Intellektuellen in Bezug auf die Organisation Europas nach dem Krieg widerspiegeln. Sie zeigen, dass in amerikanischen Regierungskreisen über Europa weit intensiver diskutiert wurde, als man prima vista annehmen könnte. Allein die Tatsache, dass sich nicht nur das State Department, sondern auch einige Gruppen außerhalb der Regierung mit der Frage der europäischen Einigung auseinandersetzten, demonstriert, wie sehr das Thema bereits in den Kriegsjahren Gegenstand der Überlegungen des politischen Amerikas war. Sie zeugt auch von dem Wandel, dem die Politik der amerikanischen Regierung damals unterlag. Selbst wenn die USA sich noch nicht für die Idee der Einheit Europas erwärmen konnten, hatten sie sich doch von der Politik des Isolationismus der zwanziger und dreißiger Jahre verabschiedet. Die Amerikaner hatten die Interdependenz ihrer Politik mit dem Rest der Welt erkannt und ihre Politik danach ausgerichtet. Von dort bis zur aktiven Unterstützung Europas war es nur noch ein kleiner Schritt.

Die vom State Department einberufenen Experten-Runden analysierten die Fragen nach den aus amerikanischer Sicht günstigsten Grenzen Europas, der zweckmäßigsten politischen Organisation sowie der Beziehung Europas zu Russland, den USA und zur künftigen Weltorganisation (von deren Gründung ausgegangen wurde). Im Vordergrund stand dabei stets die Sorge, wie die amerikanischen handels- und sicherheitspolitischen Interessen gewahrt und einem erneuten amerikanischen Eingreifen auf dem europäischen Kontinent vorgebeugt werden sollte. Präsident Roosevelt erwartete von den Studienkomitees eine genaue Analyse der weltpolitischen Situation und die Erarbeitung verschiedener Lösungsalternativen für die Zeit nach dem Krieg: „Ich möchte sicher sein, in meinen Korb greifen zu können und dort zu finden, was ich brauche. In der Zwischenzeit werde ich Scheuklappen auf den Augen tragen und mich auf die Mittel und Wege konzentrieren, mit denen der Krieg zu gewinnen ist."[9]

[9] National Archives and Record Administration Washington (künftig: NARA), RG 59, Harley Notter Papers (HN), box 54, S. 5, Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, 12. 2. 1942.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Roosevelt interessierte sich in den Kriegsjahren nicht sonderlich für das Problem der Neugestaltung Europas; vorerst genügte es ihm zu wissen, dass ein ausgewähltes Expertengremium diese Fragen erörterte. Für alles Weitere bevorzugte er den Rat seines Kriegsministers Henry Stimson oder seines Finanzministers Henry Morgenthau[10]. Das schwach ausgeprägte Interesse Roosevelts an der Organisation Europas lässt vermuten, dass er keine weiteren Gremien mit der Untersuchung dieses Problems beauftragte. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass bis jetzt keine Archivbestände aus anderen amerikanischen Ministerien bekannt sind, die intensive Europaüberlegungen dokumentieren würden. Wenn also in anderen Zweigen der amerikanischen Regierung die Zukunft Europas erörtert wurde, so dürfte das auf informelle oder weniger intensive Art und Weise geschehen sein. Umfassende Überlegungen zu Europa als Ganzem und zur Frage der Neuordnung des europäischen Kontinents nach dem Krieg scheinen ausschließlich im State Department und von drei hochrangig besetzten Studienkomitees angestellt worden zu sein.

Die ersten beiden Komitees widmeten sich dem Problem noch aus recht allgemeiner Perspektive und kamen zu wenig konkreten Ergebnissen. Erst das 1943 gegründete Studienkomitee, das „Subcommittee on problems of European organization", untersuchte alle Facetten der Frage einer europäischen Einigung. Nachdem es die Variante einer „gesamteuropäischen Organisation" geprüft hatte, diskutierte es die Möglichkeit einer europäischen Zollunion und studierte auch partielle Lösungen wie zum Beispiel die Integration nur des europäischen Transportwesens. Wertet man die Diskussionen des Komitees aus, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Erwartungshaltung des Präsidenten die späteren Entscheidungen des Komitees stark beeinflusst hat.

Das „Advisory Committee on Problems of Foreign Relations"

Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg begann, standen die Vereinigten Staaten vor einer der schwierigsten Aufgaben ihrer Geschichte. Es war ganz offensichtlich, dass die Interessen des Landes selbst dann von den Folgen des Krieges beeinträchtigt würden, wenn die amerikanische Regierung nicht in den Krieg eintreten sollte. In dieser Situation mussten die USA auch Antworten auf die Fragen finden, die sich nach dem Ende des Krieges und der wahrscheinlichen Veränderung der machtpolitischen Konstellationen in der Welt stellen würden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ernannte Außenminister Cordell Hull am 16. September 1939 den Wirtschaftsexperten Leo Pasvolski[11] zu seinem persönlichen Assistenten und betraute ihn mit der Aufgabe, sich mit den zu erwartenden Nachkriegsproblemen auseinanderzusetzen und Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dies war der Beginn einer intensiven Studienphase und einer sehr engen

[10] Vgl. Felicitas Hentschke, Demokratisierung als Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und Japan, 1943–1947, Münster 2001, S. 69–71.

[11] Leo Pasvolski, 1893–1953, jüdischer Wirtschaftsexperte, als Sohn revolutionärer Kommunisten in Russland geboren, immigrierte 1905 in die USA.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenarbeit der beiden Männer. Cordell Hull erinnerte sich an Leo Pasvolski mit den Worten: „seine Leistungen waren glänzend, sein Dienst außergewöhnlich nützlich“[12]. In der Tat scheint Pasvolskis Einfluss auf Hull recht groß gewesen zu sein: „Leo Pasvolski war der spezielle Assistent von Außenminister Cordell Hull und er stand ihm sehr nahe. Er hatte das Büro nebenan und er ging ein und aus, wie er wollte. Man sagte, dass Cordell Hull nicht den kleinen Finger rühren würde, ohne vorher mit Leo gesprochen zu haben. Mit anderen Worten, Leo war eine sehr einflussreiche Person im State Department.”[13] Pasvolski war die graue Eminenz im amerikanischen Außenministerium und hinterließ auch in der Nachkriegsgeschichte Spuren. Er war nicht nur einer der Gründer der Weltbank, sondern auch maßgeblich an der Ausarbeitung der UN-Charta beteiligt.

Pasvolski führte Cordell Hulls Auftrag gewissenhaft aus. Im Januar 1940 gründete er das erste Expertenkomitee, das „Advisory Committee on Problems of Foreign Relations“. Vorrangiges Ziel dieses Komitees war es zu analysieren, wie die Welt in Zukunft geordnet werden sollte, selbstverständlich unter Berücksichtigung der amerikanischen Interessen. Außerdem sollte es die amerikanische Politik, die beim Aufbau einer solchen Ordnung am zweckmäßigsten war, definieren und die bereits existierenden offiziellen und inoffiziellen Vorschläge bezüglich der „Probleme des Friedens und des Wiederaufbaus“ untersuchen. In das Komitee wurden 15 Persönlichkeiten berufen, die zur intellektuellen Elite Amerikas gehörten. Neben Hull und seinem Stellvertreter Sumner Welles nahm der berühmte Anwalt und Wirtschaftsexperte Adolf A. Berle an den Diskussionen teil, der sich bereits zu Beginn des „New Deal“ mit seinem Buch „The Modern Corporation and Private Property“[14] in Wirtschaftskreisen einen Namen gemacht hatte. George S. Messersmith war ebenfalls mit von der Partie. In den dreißiger Jahren an der amerikanischen Botschaft in Österreich und Deutschland stationiert, brachte er seine Kenntnis der Strukturen der Naziherrschaft in das Komitee ein. Er hatte die amerikanische Regierung bereits 1933 vor den Intentionen Hitlers gewarnt und ihr geraten, dem NS-Regime energisch entgegenzutreten, bevor die Folgen eines erneuten Machtzuwachses Hitlers unbeherrschbar würden. Als Wirtschaftsexperte wurde Henry F. Grady berufen, dessen Karriere unter dem Präsidenten Herbert Hoover im amerikanischen Handels- und Wirtschaftsministerium begonnen hatte. Er war bis 1937 Leiter der Wirtschaftsschule der Universität Berkeley gewesen. Hinzu kamen der Fernostexperte Stanley K. Hornbeck, der von 1928 bis 1937 die Abteilung für fernöstliche Angelegenheiten im State Department geleitet hatte und während des Krieges politischer Berater im State Department war, und der Diplomat Jay Pierrepont Moffat, der seit 1917 mehrere Stationen im Dienst der amerikanischen Regierung durchlaufen hatte. Er war Gesandter in Polen, Japan, in der Türkei und in der Schweiz gewesen, wo er zum Experten für

[12] Hull, Memoirs, Bd. II, S. 1625.

[13] Harry S. Truman Presidential Library, Oral History, Interview mit Dr. John Parke Young, 21. 2. 1973.

[14] Vgl. Adolf A. Berle/Gardiner C. Means, The Modern Corporation and Private Property, Edison 1932.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abrüstungsfragen wurde. Eine seiner wichtigsten Funktionen war die des Leiters der Abteilung für westeuropäische Fragen, die er von 1932 bis 1935 sowie von 1937 bis 1940 innehatte und die ihm aufgrund seiner guten Kenntnisse der europäischen Politik anvertraut wurde. Zu nennen sind außerdem der Experte für Wirtschaftsfragen Herbert Feis, der sowohl unter Präsident Hoover wie auch unter Präsident Roosevelt Berater für internationale und wirtschaftliche Fragen im State Department war und nach dem Krieg durch seine Bücher über die internationalen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg bekannt wurde, und Green H. Hackworth, lange Jahre juristischer Berater im State Department und ab 1937 Mitglied der amerikanischen Vertretung am Ständigen Schiedshof in Den Haag, nach dem Krieg als erster Amerikaner zum Richter am Internationalen Gerichtshof gewählt, an dessen Gründung er selbst maßgeblich beteiligt gewesen war.

Eines der bedeutendsten Mitglieder des Komitees war wohl Norman H. Davis. Er war nicht nur ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann und Diplomat (er hatte als amerikanischer Gesandter 1927 an der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf und von 1932 bis 1934 an der Genfer Abrüstungskonferenz teilgenommen), sondern hatte auch von 1936 bis 1944 die Präsidentschaft des 1921 gegründeten „Council on Foreign Relations“ (CFR) inne. Der CFR war eine Privatorganisation, die sich der Analyse der wirtschaftlichen, politischen und strategischen Probleme der Weltpolitik widmete, aber keine Regierungspolitik formulierte. Sein Ziel war es, den Kurs Washingtons indirekt zu beeinflussen. Bereits 1940 rief der CFR das „War and Peace Studies Project“ ins Leben, das Empfehlungen zur Kriegssituation und zur Organisation des Friedens nach dem Ende des Konfliktes formulieren sollte. Das Projekt, das zum größten Teil von der Rockefeller Stiftung finanziert wurde, war in fünf Gruppen unterteilt (Friedensziele, Politik, Rüstung, Territorien, Wirtschaft und Finanzen). Diese Struktur sollte eine möglichst breite Analyse der Nachkriegsprobleme gewährleisten. Insgesamt wurden in sechs Jahren 362 Sitzungen abgehalten und 682 Memoranda an das State Department geschickt[15].

Breckinridge Long, ein weiteres einflussreiches Mitglied, stand Davis in puncto Prominenz keineswegs nach, war allerdings nicht unumstritten. Seine Karriere hatte bereits während des Ersten Weltkriegs als stellvertretender Außenminister unter Woodrow Wilson begonnen. Präsident Roosevelt sandte ihn 1933 für drei Jahre als Botschafter nach Italien, wo ihm amerikanische Beobachter allerdings bald seine mussolinifreundliche Haltung vorwarfen. Ab 1940 war er für die Visa-Bewilligung für Flüchtlinge zuständig, wobei seine Verzögerungstaktik bei der Behandlung emigrationswilliger deutscher Juden traurige Berühmtheit erlangte. Mit dem Argument, dass sich unter den asylsuchenden Flüchtlingen Nazispione versteckten, erschwerte er deren Einreise in die USA so sehr, dass fast 90 Prozent abgewiesen wurden[16]. Erst 1944 gründete Roosevelt das „War Refugee Board“, das

[15] Princeton Seeley Mudd Manuscript Library (künftig: PSML), Hamilton Fish Armstrong Papers (HFA Papers), box 76, The War and Peace Studies of the CFR, ca. 1946.

[16] Vgl. Robert Dallek, Franklin Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945, New York 1980, S. 446.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Verantwortung für die Rettung europäischer Juden übernahm und Long von seinen Pflichten entband.

Die Mitglieder des Komitees wurden vor allem aufgrund ihrer Erfahrung und Urteilsfähigkeit ausgewählt. Die Struktur der Runde war an die der bereits existierenden Studiengruppen des „War and Peace Studies Project" im „Council on Foreign Relations" angelehnt. Das State Department stand stets in diskretem, aber doch regem Austausch mit dem CFR, was etwas später auch dazu führte, dass mehr und mehr Experten des CFR an den Diskussionen im State Department teilnahmen.

Das Studienkomitee war in drei Gruppen unterteilt: eine politische, eine wirtschaftliche und eine, die sich mit den Problemen der Abrüstung beschäftigte. Mit der Organisation Europas setzte sich vor allem die politische Gruppe auseinander, kam aber aufgrund der kurzen Lebensdauer des Komitees von nur drei Monaten nicht zu einem konkreten Ergebnis. Aus den Protokollen der Besprechungen lässt sich vor allem ablesen, dass sie Europa nach dem Krieg in verschiedene Blöcke aufteilen und dabei sicher gehen wollte, dass die wahre Entscheidungsgewalt über das Schicksal Europas in den Händen der Großmächte blieb[17]. Ohne wirklich fassbare Ergebnisse geliefert zu haben, wurde das Komitee aufgelöst, als das Vordringen der deutschen Armee nach Westen die Möglichkeit eines von Deutschland beherrschten Europas eröffnete und sofortige Überlegungen bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Folgen eines deutschen Sieges verlangte.

Das „Advisory Committee on Postwar Foreign Policy"

Das nächste Komitee wurde ins Leben gerufen, als der Kriegseintritt Amerikas die Motivation der amerikanischen Regierung stark erhöht hatte, die Herausforderungen der Nachkriegssituation eingehend zu analysieren. Die politischen Rahmenbedingungen waren nun vollkommen anders als zu Zeiten des ersten Komitees, denn nach ihrem Kriegseintritt wussten die USA, dass sie bei der Definition der Nachkriegsordnung maßgeblich beteiligt sein würden. Dies färbte natürlich auch auf die Atmosphäre ab, in der die Diskussionen stattfanden. Die Mitglieder des neuen, im Sommer 1941 berufenen „Advisory Committee on Postwar Foreign Policy" waren zum Teil identisch mit denen des ersten Komitees, hatten aber Verstärkung erhalten von einigen politischen Beratern aus dem Außenministerium, wie zum Beispiel dem späteren Außenminister Dean Acheson. Sie waren sich der Verantwortung, aber auch der Bedeutung ihres Landes und seiner neuen Macht vollkommen bewusst. Illustriert wird dies beispielsweise durch eine kurze Konversation zwischen dem neu hinzugekommenen Komiteemitglied Anne O'Hare McCormick[18] und dem stellvertretenden Außenminister und damaligen Vorsit-

[17] NARA, RG 59, HN, box 108, Advisory Committee on Problems of Foreign Relations, Januar-Mai 1940.

[18] Anne O'Hare McCormick (1882–1957) war die erste Frau, die sich offiziell als Auslandskorrespondentin der New York Times bezeichnen durfte. Bereits 1921 lieferte sie ihrer Zeitung einen Bericht über den Aufstieg Mussolinis und warnte bereits damals vor dessen Machthun-

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zenden des Komitees, Sumner Welles. Als die Auslandskorrespondentin der New York Times Sumner Welles fragte, ob es denn bei den Studien des Komitees darum gehe, die Probleme nach dem Grundsatz zu analysieren, dass „die Welt, die wir wollen", zu schaffen sei, antwortete Welles ohne Zögern: „Genau"[19].

Auch das neue Komitee war der bereits erwähnten Struktur des „Council on Foreign Relations" nachempfunden und in eine Gruppe für politische Fragen, eine für wirtschaftliche Fragen, eine Gruppe für sicherheitspolitische und eine für territoriale Fragen unterteilt. Der Einfluss des CFR wurde überdeutlich, als kurz nach der Gründung auch ein großer Teil der Mannschaft des CFR als Experten zu den Sitzungen des Komitees gebeten wurde. Zu nennen ist hier vor allem Hamilton Fish Armstrong, der Chefredakteur der Zeitschrift „Foreign Affairs" und Vorsitzende der wahrscheinlich wichtigsten Studiengruppe im CFR zu Kriegszeiten, dem „War and Peace Studies Project". Seine Meinung wurde im State Department sehr geschätzt, und bald übernahm er auch den Vorsitz bei Besprechungen im „Advisory Committee", wenn Sumner Welles oder später Cordell Hull verhindert waren.

Die erste Sitzung des „Advisory Committee" fand am 12. Februar 1942 statt. Sumner Welles betonte ausdrücklich, dass das Komitee eng mit dem CFR zusammenarbeiten und auch Studien von ausländischen Experten zur Kenntnis nehmen werde, um so einen genauen Überblick über alle vorhandenen Pläne zu gewinnen. Das Ziel des Komitees sollte es sein, alle möglichen Varianten einer Nachkriegsorganisation zu analysieren, die für die USA günstigsten Szenarien herauszufinden und dem Präsidenten daraufhin präzise Empfehlungen vorzulegen.

Die verschiedenen Varianten einer politischen Neugestaltung Europas nach dem Krieg wurden, wie bereits im ersten Komitee, vor allem von der politischen und der wirtschaftlichen Gruppe untersucht. Letztere stellte dabei immer wieder fest, dass eine Wiederherstellung der auf nationalstaatlicher Souveränität und Autarkie basierenden Wirtschaftsstrukturen der Vorkriegszeit aufgrund ihres Konfliktpotenzials nicht wünschenswert sei. Sie hielt es vielmehr für erstrebenswert, in Europa eine Wirtschaftsorganisation der bilateralen Kooperation zu schaffen, ohne freilich engere Beziehungen erzwingen zu wollen, als die Mitgliedsländer es von sich aus wünschten. Diese Organisation sollte so einfach wie möglich gestaltet werden, und ihre Institutionen müssten für künftige Veränderungen offen sein[20]. Gleich zu Beginn stellte die Gruppe fest, dass die Europäer nur sehr ungern ihre staatlichen Hoheitsrechte im Bereich der Wirtschaft aufgeben würden, weil sie fürchteten, Deutschland könnte sofort wieder versuchen, eine hegemoniale Position zu erlangen. Die Experten kamen deshalb zu dem Schluss, es solle keine gesamteuropäische Wirtschaftsunion geschaffen werden; die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte sich auf einige wirtschaftliche Basisbereiche beschränken, wie zum Beispiel das Bankwesen, die Wechselkurse, das Transportwesen, die

ger. Noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sie Interviews mit Mussolini, Hitler, Stalin, Churchill, Roosevelt sowie den Päpsten Pius XI. und XII. geführt. 1936 wurde sie als erste Frau in den Redaktionsausschuss der New York Times gewählt.

[19] NARA, RG 59, HN, box 54, S. 5, Advisory Committee on Post-War Foreign Policy, 12. 2. 1942.

[20] Ebenda, box 84, Protokoll der Sitzung vom 7. 1. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwerindustrie, die Landwirtschaft und das Sozialwesen, wobei es in allen diesen Bereichen eher um Absprachen und nicht um wirkliche Kooperation oder gar Fusion ging.

Die politische Gruppe widmete sich sehr intensiv der Frage, ob es besser sei, zur Vorkriegssituation und somit zur absoluten Souveränität der einzelnen Staaten zurückzukehren oder ob Europa nach dem Vorbild der USA oder der Schweiz als Föderation oder lockerer Staatenbund aufgebaut werden sollte. Ein Vorteil der ersten Lösung war nach Meinung mancher Gruppenmitglieder, dass die früheren Regierungsbeamten auch weiter tätig bleiben und so die strukturellen Anpassungsprobleme einer neu zu errichtenden Ordnung nach dem Krieg vermieden werden könnten. Eine Mehrheit aber tendierte zu einer Unionslösung, die jedoch nicht näher präzisiert wurde.

Die Mitglieder waren der Ansicht, dass die USA bei einer politischen Einigung Europas über längere Zeit die Schirmherrschaft übernehmen müssten. Anstatt, wie vorgesehen, Deutschland zu kontrollieren, müssten die Vereinten Nationen es möglicherweise sogar gegen Angriffe anderer Mitglieder der neuen Union schützen und für einen Zeitraum von zehn oder mehr Jahren in den Organen der UNO repräsentieren. Für möglich gehalten wurde aber auch, dass andere Länder der europäischen Union die deutsche Wirtschaft unter Aufsicht stellen und so das Wiederaufflammen von deutschen Großmachtansprüchen verhindern wollten. Zudem müssten die Vereinten Nationen, und vor allem die USA, durch ihre finanzielle Unterstützung großen indirekten und permanenten Einfluss auf die Union ausüben[21].

Während der Besatzungszeit sollte zuerst ein wirtschaftlicher Zusammenschluss erfolgen, bevor die Union dann mit politischen Hoheitsrechten ausgestattet würde. Diese Union sollte nach Ansicht des Komitees Europa westlich von Russland, allerdings ohne Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Spanien und Portugal, umfassen. Insgesamt meinte das Komitee, je größer die Union sei, desto schwieriger würde es sein, sich abzustimmen und die Wirtschaft zu integrieren. Wenn gar ganz Europa in der Union vereint sei, müsste man sich auf einige Bereiche wie zum Beispiel die Harmonisierung der Wechselkurse, des Transportwesens, der Zölle und vielleicht der Landwirtschaft und der Schwerindustrie beschränken. Die von der politischen Gruppe projektierte Einheit Europas war, wie sich leicht feststellen lässt, ein sehr ehrgeiziges Vorhaben, denn sie bezog sich auf all die Wirtschaftsbereiche, für deren Vereinheitlichung die heutige Europäische Union lange Jahre gebraucht hat oder sogar noch immer benötigt. Nach der tatsächlichen Gründung der Union sollte sie, nach Ansicht des Komitees, so flexibel bleiben, dass auch weitere europäische Länder beitreten könnten. Dabei wies das Komitee jedoch auf das Risiko hin, dass sich die Union zu einer militärischen oder wirtschaftlichen Gefahr für die USA entwickeln könnte[22].

Als das Komitee sich mit der Frage der Eingliederung Deutschlands in diese Union zu beschäftigen begann, wurde sofort festgestellt, dass jede Möglichkeit

[21] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 19. 11. 1942.
[22] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 20. 11. 1942.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der politischen oder wirtschaftlichen Beherrschung anderer europäischer Länder durch Deutschland ausgeschlossen werden müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, analysierte das Komitee zuerst die Option einer Aufteilung Deutschlands und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Es erwog dabei auch die Idee, nach dem Krieg die von Hitler erzwungene wirtschaftliche Einheit zu nutzen, um eine europäische Zoll- und Währungsunion zu bilden, die auch die Länder des Ostens mit einschließen würde. Aufgrund der Instabilität der nationalen Wirtschaftsstrukturen in den Staaten westlich von Russland sei eine Teilung Deutschlands nicht die beste Lösung, da sie eine zu große Schädigung der Gesamtwirtschaft Europas nach sich ziehen würde. Zudem würden bei einer Spaltung Deutschlands die einzelnen Teile voraussichtlich versuchen, sich in einer Art Zollunion zusammenzuschließen; der Effekt der Teilung würde dadurch aufgehoben. Wenn die deutschen Teilstaaten allerdings in eine größere Zoll- und Währungsunion eingegliedert wären, sei der Impuls, sich wieder zu vereinigen, weniger stark.

Diese Zollunion hätte Frankreich, Italien, die Niederlande, die Schweiz, eventuell auch Spanien und Portugal und vielleicht sogar eine osteuropäische Union, deren Grenzen noch zu bestimmen seien, umfassen können. Die Bedingungen für die Gründung einer solchen Zollunion waren nach Ansicht des Komitees recht günstig, da es nach dem Krieg in den Gebieten, die unter deutscher Besatzung gestanden hatten, keine Zollschranken geben würde und alle europäischen Währungen – außer der schweizerischen, portugiesischen und der schwedischen – durch die Inflation so gelitten hätten, dass eine Neuorganisation ohnehin nötig sei. Ähnliches gelte nach dem Sturz des Nazi-Regimes für die Reichsmark, sodass eine Harmonisierung aller verschiedenen Währungen sowie – zum ersten Mal in der modernen Geschichte – die Bildung einer gemeinsamen Währung möglich wäre.

Das Komitee kam also zu der Meinung, dass die Schaffung einer europäischen Zollunion und eines einheitlichen Währungssystems für ganz Europa oder zumindest einen großen Teil davon nötig sei, wenn vermieden werden sollte, dass ein geteiltes Deutschland eine lange Phase wirtschaftlicher und damit auch politischer Instabilität durchschreiten müsste[23]. Insgesamt sprach sich das „Advisory Committee“ allerdings nicht eindeutig für die Gründung eines geeinten und unabhängigen Europas, sondern eher für die Errichtung eines Europa der Nationalstaaten aus, von denen jeder einzelne den Vereinten Nationen angehören sollte. Europa wäre so auch mit einigen integrierten Wirtschaftsbereichen nicht wirklich politisch handlungsfähig und folglich keine Gefahr für die amerikanischen Interessen gewesen[24].

[23] Franklin Delano Roosevelt Presidential Library (künftig: FDRL), Adolf A. Berle Papers, box 214, Diary, Kopie eines Berichts des Komitees, 5. 11. 1942.

[24] FDRL, Sumner Welles Papers, box 193, folder 9, Possible advantages and disadvantages of regional organization, 3. 6. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das „Subcommittee on problems of European organization"

Nachdem Winston Churchill im März 1943 die Gründung eines Europarats vorgeschlagen hatte, dessen Grundzüge er Roosevelt bereits einen Monat zuvor erläutert hatte[25], begannen sich in Europa die Aufrufe für eine europäische Einigung zu häufen. Das „Advisory Committee" sah sich schnell außerstande, alle Vorschläge mit der gleichen Sorgfalt zu prüfen wie zuvor, und gründete deshalb ein spezielles Unterkomitee, das sich ausschließlich mit Fragen der Nachkriegsordnung Europas beschäftigen sollte. In einem Brief an Sumner Welles beschrieb Hamilton Fish Armstrong, der zum Vorsitzenden des „Advisory Committee" bestimmt worden war, die Ziele des neuen Komitees. Es sollte untersuchen, wie die Einigung aussehen und wie sie zustande kommen sollte, wie Einigungen dieser Art in der Vergangenheit funktioniert hatten, welche Lektionen aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zu ziehen seien, welche Ergebnisse mit der Bildung von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen erzielt werden konnten und welche Interessen Amerika bei solchen Bündnissen verfolgen sollte[26].

Die Mitglieder des Subkomitees waren zum großen Teil identisch mit denen der beiden vorangegangenen Studiengruppen, wurden jedoch um einige Experten aus dem „Council on Foreign Relations" sowie aus Wissenschafts- und Regierungskreisen erweitert. Vom CFR kamen zum Beispiel der Wirtschaftsexperte und langjährige Studiendirektor Percy Bidwell sowie Philip Mosely, der viele seiner Analysen auch der Forschungsabteilung des „Office of Strategic Services" (OSS) zur Verfügung stellte und als ausgewiesener Osteuropaexperte galt. Er sollte nach dem Krieg erst das Zentrum für Russlandstudien der Universität Columbia und dann den CFR leiten. Insgesamt waren die Mitglieder so gewählt, dass ihre Spezialgebiete sich gegenseitig ergänzten. Isaiah Bowman zum Beispiel war zuständig für territoriale Fragen. Er hatte zuvor als Geographieprofessor an den Universitäten Harvard und Yale gelehrt und ungefähr zwanzig Jahre lang die amerikanische Gesellschaft für Geographie geleitet. Cavendish Cannon war stellvertretender Direktor des Büros für südeuropäische Fragen im State Department. Der Ökonom Jacob Viner, der bereits in den dreißiger Jahren eine Reihe wichtiger Bücher veröffentlicht hatte, war Berater im Finanzministerium unter Henry Morgenthau und lehrte gleichzeitig an der Universität Chicago. 1950 veröffentlichte er das Buch „The customs union", in dem er den Aufbau sowie die Vor- und Nachteile einer Zollunion erklärt. Harry Hawkins leitete das Büro für Handelsverträge im State Department. Der spätere Direktor der Columbia University Grayson L. Kirk war Berater in der Abteilung für Sicherheitsfragen des Büros für politische Fragen im State Department. Als bedeutendes neu hinzugekommenes Mitglied ist auch der amerikanische Botschafter im Vatikan, Myron C. Taylor, zu nennen.

Nach einigen informellen Treffen beriet das Unterkomitee vom 4. Juni 1943 bis 31. März 1944 über eine Neuordnung Europas nach dem Krieg. Die Beratungen

[25] Vgl. Hull, Memoirs, Bd. II, S.1640.

[26] PSML, HFA Papers, box 64, Brief von H. F. Armstrong an Sumner Welles, 7.5.1943, und Anhang: Problems of European regionalism.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten ohne jegliche Voreingenommenheit für oder gegen die Idee von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen sine ira et studio stattfinden[27]. Aufgrund der zahlreichen Vorschläge für eine wie auch immer geartete europäische Einigung war der Hauptteil der Diskussionen der Frage der Schaffung einer „gesamteuropäischen Organisation" gewidmet, die weder die Sowjetunion noch Großbritannien umfassen sollte. Übrigens schien das Komitee trotz der bereits erkennbaren sowjetischen Opposition gegen die Schaffung regionaler Blöcke in Europa eine Expansion der Sowjetunion in Richtung Westen nicht zu befürchten. Es betonte vielmehr, dass „die aktuelle Haltung der russischen Führer anzudeuten scheint, dass sie etwas viel weniger Extremes im Sinn haben"[28]. Die vertrauensselige Haltung Roosevelts gegenüber Moskau wurde anscheinend auch von den meisten Experten des Studienkomitees geteilt. Zwar tauchten in den Diskussionen immer wieder kritische Äußerungen über die Intentionen der Sowjetunion auf, doch wurden sie nie ausführlicher diskutiert.

Anfangs war das Komitee der Idee der Einigung Europas keineswegs abgeneigt. Im Gegenteil. Allerdings setzte es voraus, dass eine Weltorganisation die neuerliche Herrschaft Deutschlands über Europa verhindern und sicherstellen könne, dass vor allem die handels- und sicherheitspolitischen Interessen Amerikas gewahrt blieben. Je intensiver das Komitee dann allerdings die Details einer „gesamteuropäischen Organisation" untersuchte, desto mehr wuchs auch seine Skepsis gegenüber den damit verbundenen Schwierigkeiten und den konkreten Vorteilen für Europa und die Welt.

Zuerst widmete sich das Komitee den bereits vorliegenden Vorschlägen für eine Neuordnung Europas und prüfte, wie sich die Europäer selbst die Einigung ihres Kontinents vorstellten. Dabei kam es recht schnell zu dem Schluss, dass die Schaffung einer Einheit aus eigenem europäischem Antrieb eher unwahrscheinlich sei, obwohl es durchaus gewisse Kreise gäbe, die sich nachdrücklich für eine Neuordnung Europas einsetzten und deren Ideen nach dem Krieg nicht ignoriert werden könnten. Die Initiative musste also von außen kommen[29].

Davon ausgehend wandte sich das Komitee bereits in seiner ersten Sitzung der Analyse der Vor- und Nachteile einer Einigung für Europa und seine Völker einerseits und ihrer Auswirkungen auf die amerikanischen Interessen andererseits zu. Anhand von detaillierten Studien, die jeweils von einem Mitglied ausgearbeitet und während einer Sitzung vorgetragen wurden, diskutierte man die Fragen, ob dieses geeinte Europa eine unabhängige politische Kraft oder einen Teil einer größeren Weltorganisation bilden, wie man mit der deutschen Frage umgehen

[27] PSML, HFA Papers, box 79, folder: State Department-joint meetings, Notiz von H. F. Armstrong, 2. 6. 1943.

[28] NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, 23. 7. 1943, Bemerkung von Adolf Berle. Gleichzeitig analysierte jedoch das Advisory Committee die Möglichkeit der Schaffung einer osteuropäischen Union, die einen eventuellen Expansionswillen Russlands blockieren könnte. Bereits 1940 hatte auch das politische Unterkomitee des Advisory Committee die Möglichkeit eines sowjetischen Übergriffs auf Osteuropa in Betracht gezogen.

[29] NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, First Meeting of the subcommittee on problems of European organization, 4. 6. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte und auf welche Weise der Friede am besten gewahrt werden konnte. Die letzte Frage wurde nicht nur deshalb eingehend untersucht, um den europäischen Völkern Leid und Krieg zu ersparen, sondern auch, um künftig den Einsatz amerikanischer Soldaten in Europa zu vermeiden und einen sicheren Absatzmarkt für amerikanische Produkte zu garantieren.

Churchills Vorschlag eines Europarates wurde dabei ebenso erörtert wie die Schaffung eines europäischen Verbundes, der dem Modell ähnelte, das sich unter deutscher Zwangsherrschaft herausgebildet hatte, weil sich die amerikanischen Experten immer wieder recht beeindruckt zeigten von der straffen Organisation der wirtschaftlichen Einheit in den Ländern unter deutscher Besatzung. Zwar blieb die Frage offen, wie groß die wirtschaftliche Produktivität eines solchen Zusammenschlusses langfristig sein könnte, doch wurde die Harmonisierung eines Großteils der nationalen Volkswirtschaften von allen Mitgliedern des Komitees als Basis für eine funktionierende Organisation Europas angesehen. Das Projekt, nach dem Krieg die nationalsozialistischen Strukturen gleichsam in entnazifizierter Form beizubehalten und eine Wirtschaftsorganisation für ganz Europa darauf aufzubauen, wurde nach langen und heftigen Diskussionen über die damit verbundene große Gefahr einer neuerlichen deutschen Hegemonie letztlich aber doch verworfen. Man verständigte sich darauf, dass Europa nur dann geeint und wirtschaftlich zusammengeschlossen werden könne, wenn eine Dominanz Deutschlands ausgeschlossen sei. Percy Bidwell fasste die Haltung des Komitees mit dem Satz zusammen, dass es eine Einigung Europas ablehnte, „wenn nicht Deutschland die Zähne gezogen würden“ [30].

Sehr eingehend diskutierte das Komitee darüber hinaus die Möglichkeit einer europäischen Zollunion und griff dabei auch auf die bereits von der zweiten Studiengruppe erarbeiteten Ansätze zurück. Die Komiteemitglieder hatten eine recht umfassende Vorstellung von der Tragweite einer solchen Union: Sie sollte alles einschließen, was zur Liberalisierung des Handels beitrug, also nicht nur die Abschaffung der inneren Handelsschranken und die Liberalisierung des Waren- und Personenverkehrs, sondern auch eine Währungsunion[31]. Obwohl der Begriff „Zollunion“ verwendet wurde, drehten sich die Diskussionen eigentlich um die Gründung einer „Wirtschaftsunion“, die im Komitee allerdings nur geringe Resonanz fand, weil sie die gesamte europäische Wirtschaftsorganisation verändern und sowohl den Binnen- wie auch den Außenhandel beeinträchtigen würde. Zwar waren sich die Komiteemitglieder der Tatsache bewusst, dass vor dem Krieg fast alle europäischen Länder hohe Handelschranken errichtet hatten und dass eine europäische Zollunion wahrscheinlich zu einer besseren Nutzung der europäischen Ressourcen, zu höheren Löhnen und zu einer Steigerung des Handels mit

[30] NARA, RG 59, HN box 84, Protokoll der Sitzung vom 9. 7. 1943 und Protokoll der Sitzung vom 12. 7. 1943. Anwesende Mitglieder: Adolfe A. Berle, Percy Bidwell, Isaiah Bowman, Cavendish W. Cannon (stellvertretender Direktor des Büros für südeuropäische Fragen im State Department), Harry Hawkins, Leo Pasvolski, Myron C. Taylor, Jacob Viner, Richard Eldridge, Grayson L. Kirk, Amry Vandenbusch, Melvin Knight, Philip Mosely, Leroy Stinebower, Julian Wadleigh, Ralph Bowen.

[31] Ebenda, S. 25, Protokoll der Sitzung vom 23. 7. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht-europäischen Ländern führen würde. Zugleich fürchtete es aber, dass sich die Union sehr bald hinter hohen Zollschranken verbarrikadieren würde, was amerikanische Produkte diskriminieren könnte. Falls sich ein so geeinter europäischer Markt dann auch noch erweitern würde, liefe die amerikanische Industrie höchstwahrscheinlich Gefahr, ihre Chancen auf dem europäischen Kontinent ganz zu verlieren[32]. Schließlich fürchteten die Experten, dass eine europäische Zollunion von Deutschland dominiert werden könnte[33].

Das Komitee war der festen Überzeugung, dass eine wirtschaftliche Einigung niemals vor, sondern erst nach der Schaffung einer politischen Einheit entstehen konnte. Grund dafür war die Annahme, dass bei einer bloß wirtschaftlichen Union Deutschland mit seinen großen ökonomischen Ressourcen schnell zu mächtig werden und dass eine solche Union hohe Zollschranken entwickeln könnte, die den amerikanischen Interessen massiv schaden würden. Andererseits blieb dem Komitee aber auch nicht verborgen, dass ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa einen zu mächtigen Block bilden und so Amerikas Sicherheitsinteressen tangieren konnte. Das Komitee stand so vor einem nicht zu lösenden Dilemma: ein politisch geeintes Europa würde zwar einem deutschen Hegemonialstreben enge Grenzen setzen, aber mit Sicherheit auch zu einer Wirtschaftsunion führen, die amerikanischen Interessen zuwider liefe. Das Komitee sprach sich deshalb gegen die Schaffung einer politischen Föderation aus, weil sie unweigerlich zu einer Zoll-/Wirtschaftsunion führen würde.

Die möglichen Auswirkungen einer europäischen Zollunion auf die amerikanischen Interessen wurden am 15. Oktober 1943 noch einmal sehr eingehend untersucht. Dabei hielt das Komitee fest, dass die Nachfrage nach amerikanischen Produkten sowohl durch die Auswirkungen einer Zollunion auf die europäische Kaufkraft und die Steigerung der innereuropäischen Produktion als auch durch die Handelspolitik der Zollunion erheblich beeinträchtigt werden könnte. Sehr wahrscheinlich würde die Schaffung einer europäischen Zollunion sogar eine bedeutende Veränderung des Welthandels hervorrufen. Europa wäre dann imstande, mehr und zu günstigeren Kosten zu produzieren, und müsste somit weniger ausländische und in diesem Fall amerikanische Güter importieren. Zudem könnte Europa Produkte billiger auf dem amerikanischen Markt absetzen.

Klar war aber auch: Falls Europa in 40 bis 50 Jahren ein eigenes Nationalbewusstsein entwickeln würde, könnte die Handelspolitik für die europäischen Regierungschefs ein sehr wirksames Instrument sein, um ein solches Europagefühl zu stärken und Europa endgültig zu einem eigenständigen und – in Amerikas Augen – viel zu mächtigen Block zu machen. Diese möglichen Konsequenzen abwägend, wäre es folglich für Amerika nur angemessen, der Schaffung einer europäischen Zollunion eher skeptisch gegenüberzustehen[34].

[32] Ebenda.
[33] Ebenda, und Stinebower, Economic unification of all of continental Europe west of Russia, in: Ebenda, R-60, 23. 7. 1943.
[34] NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gemäß seinem Vorsatz, alle Einigungsoptionen für Europa zu untersuchen, studierte das Komitee auch das Szenario einer politischen Föderation. Leider ist genau dieses Protokoll in den amerikanischen Archiven unauffindbar, und es muss genügen, das Ergebnis der Diskussion festzuhalten. Es war, wie unschwer zu erraten, negativ[35]. Nachdem das Komitee zu dem Schluss gekommen war, dass sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine politische Union eine für Amerika ungünstige Lage schaffen könnte, widmete es sich auf Vorschlag des jungen Beamten im Außenministerium Benjamin Gerig der Idee einer „losen Organisation" Europas. Dabei ging es zum Beispiel um die Harmonisierung oder Vereinheitlichung der europäischen Transportsysteme oder der europäischen Elektrizitätswirtschaft. Überraschenderweise machte es sich aber kaum Gedanken darüber, was diese Integrationsbemühungen für politische Konsequenzen haben würden.

Auch die Möglichkeit einer „losen Organisation" Europas wurde zuerst in Bezug auf ihre Konsequenzen für die USA analysiert, wobei man eine von Gerig erarbeitete Studie zur Grundlage der Diskussion machte. In dieser Studie wurde wiederholt, dass eine starke politische Organisation für Amerika nicht wünschenswert sei und dass deshalb eine weniger integrative Organisation des Kontinents angestrebt werden sollte; und dies auch nur, wenn sichergestellt werden könnte, dass sich daraus nicht in 25 oder 50 Jahren ein aggressiver Machtblock entwickelte. Eine sichere Möglichkeit, dies zu verhindern, war nach Meinung des Komitees die Schaffung einer Weltorganisation, in der jedes europäische Land Mitglied sein sollte und der das neu geordnete Europa in allen Bereichen unterzuordnen sei, die die Sicherheit, die Rüstung oder die wichtigen politischen Entscheidungen beträfen. Sei dies gewährleistet, könne Europa verschiedene Formen annehmen, allerdings ohne Großbritannien und die Sowjetunion, weil sich die Interessen dieser Länder zu sehr von denen der anderen europäischen Länder unterschieden[36]. So könne eine Wiederbelebung des wirtschaftlichen Lebens in Europa gefördert und folglich ein Absatzmarkt für amerikanische Produkte garantiert werden.

Wenn allerdings keine Weltorganisation geschaffen werden könnte, müssten die USA umdenken und andere Alternativen prüfen. Eine bestand in der Gründung eines Sicherheitspaktes zwischen den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und China. Ein solcher Pakt würde zwar höchstwahrscheinlich die Schaffung einer europäischen Organisation nicht verhindern können, die von ihm garantierte Sicherheit würde jedoch zumindest für eine gewisse Zeit den Wunsch nach einer stärkeren Europa-Union zügeln[37]. Eine zweite bezog sich auf die Verhinderung einer starken europäischen Föderation durch andere (von den Experten nicht genauer definierte) Mittel, und eine dritte hatte die Schaffung einer europäischen Einheit zum Ziel, welche die Macht der Sowjetunion neutralisieren könnte. Hier muss erwähnt werden, dass der Hinweis auf eine europäische Föderation noch

[35] Ebenda.
[36] Diese Einschätzung stimmte mit der der europäischen Föderalisten überein, die England ebenfalls nicht als Teil einer europäischen Union sahen.
[37] NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lange nicht hieß, dass das Komitee diese befürwortete. Die Komiteemitglieder erfüllten vielmehr ihre Aufgabe der genauen Untersuchung aller Möglichkeiten für die Organisation Europas nach dem Krieg und griffen hierfür auch Lösungen wieder auf, deren Verwirklichung sie eigentlich nicht fördern wollten. Auffällig ist jedoch, dass hier, im Oktober 1943, in den Diskussionen des Komitees zum ersten Mal explizit eine Idee auftauchte, die 1947 eine ungeahnte Renaissance erlebte: die Einigung Europas, um den Einfluss der Sowjetunion zu blockieren. Es ist wohl nicht vollkommen zufällig, dass dieses Argument zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, als die Sowjetunion vehement gegen die Schaffung einer europäischen Föderation votierte. Angesichts der tendenziell russlandfreundlichen Politik Amerikas ist dieser Gedanke aber doch bemerkenswert.

Wie schon erwähnt, wurde das Thema des sowjetischen Einflusses in Europa im Komitee ansonsten nicht sehr eingehend erörtert. Das Komitee hatte noch keine klare Vorstellung von der Rolle der UdSSR in Europa nach dem Krieg. Einige Mitglieder waren sogar der Meinung, dass die Sowjetunion sich zu einer Schutzmacht gegen deutsches Hegemoniestreben in Europa entwickeln könnte. Andere äußerten, dass russischer Einfluss eine europäische Organisation eventuell daran hindern könnte, eine anti-amerikanische Grundhaltung zu entfalten[38]. Dieses Argument zog wiederum die Frage nach sich, ob Europa durch eine einzige Macht – etwa die Sowjetunion – zu kontrollieren sei. Der Wirtschafts- und Finanzexperte Jacob Viner beispielsweise war der Ansicht, die Gefahr einer russischen Dominanz in Europa wäre geringer, wenn Europa geeint sei. Seiner Meinung nach widersetzte sich Russland genau aus diesem Grund allen Vorschlägen für eine europäische Einigung. Viner erklärte, dass ein geeintes Europa eher von einer europäischen Macht als von einer außereuropäischen beherrscht werden könnte und dass demzufolge die Gefahr einer deutschen Hegemonie größer sei als die einer russischen[39].

Schließlich verständigte sich das Komitee auf eine Variante, die der Mehrheit der Mitglieder am wenigsten gefährlich für die Interessen Amerikas erschien: die Schaffung einer starken Weltorganisation, der eine „lose" politische Organisation Europas in allen wichtigen Bereichen untergeordnet sein sollte. Die Entwicklung von großen Machtblöcken wurde generell als negativ angesehen, weil sie die auf multilaterale Kooperation der Mitglieder gegründete Weltorganisation beeinträchtigen könnten. Die Gefahr, dass Europa zu einem mächtigen politischen Block werden könnte, sollte auf jeden Fall gebannt werden, da die amerikanischen Sicherheitsinteressen davon zu stark berührt würden. Eine politische Union in Europa sollte von den USA nur dann begünstigt werden, wenn sie durch eine Weltorganisation, in der die USA übrigens eine herausragende Rolle spielen sollten, streng kontrolliert werden könnte[40].

[38] Ebenda, S. 4, Protokoll der Sitzung vom 29. 10. 1943.
[39] NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 10. 12. 1943.
[40] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 15. 10. 1943; Gerig, How would political unification of Europe affect the interests of the United States?, in: Ebenda, R-63a, 27. 10. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Redaktion des Abschlusskommuniqués

Im Juni 1944 hatte das Komitee verschiedene Organisationsszenarien für Europa geprüft. Bei der Redaktion des Abschlussberichtes für den Präsidenten diskutierten die Experten vor allem darüber, wie Amerikas Haltung gegenüber einer Einigung Europas genau formuliert werden sollte. Dem Großteil des Komitees erschien schließlich die Formel „mit Wohlwollen betrachten" am sinnvollsten, da sie keine konkrete Handlungsaufforderung beinhaltete. Die Vereinigten Staaten sollten also „mit Wohlwollen" alle Initiativen für die Schaffung eines integrierten Europa prüfen, sofern diese Vorschläge nicht auf den Ausschluss eines Staates abzielten und jeder europäische Staat in der Weltorganisation repräsentiert sei, damit diese gegen die Entwicklung von Machtblöcken in ihrer Mitte geschützt sei. Der Vorzug wurde denjenigen Vorschlägen gegeben, die sich mit der partiellen Einigung der europäischen Volkswirtschaften befassten, allerdings unter der Bedingung, dass diese Pläne die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion sowie die Verbesserung des Lebensniveaus im Auge hätten und die Interessen der USA nicht gefährdeten.

Um von vorneherein auszuschließen, dass eine europäische Union – welcher Art auch immer – die amerikanischen Interessen und das Weltgleichgewicht störte, griff das Komitee dieses Thema noch aus einem anderen Winkel auf. Anstatt zu definieren, in welchen unterschiedlichen weltpolitischen Situationen eine europäische Union geschaffen werden könnte, befasste es sich nun mit dem Charakter der Union. So würde die amerikanische Haltung nicht so sehr von der Existenz oder Nicht-Existenz einer Weltorganisation abhängen, sondern vielmehr von der demokratischen und freihandelsorientierten Grundausrichtung der Union. Die Aufmerksamkeit wurde nicht mehr darauf gerichtet, wann die USA gewisse Risiken auf sich nehmen würden, sondern darauf, wie diese Risiken minimiert werden könnten[41].

Nach recht heftigen Diskussionen wurden einige Prinzipien festgehalten, die eine Union – sei sie nun politisch oder wirtschaftlich – unbedingt erfüllen musste. Die Struktur der Organisation sollte demokratisch und regelmäßigen Kontrollen durch die Weltorganisation unterworfen sein; kein Staat durfte gegen den Willen seines Volkes ausgeschlossen werden, und jedes europäische Land musste in der Weltorganisation repräsentiert sein.

Jacob Viner schlug eine interessante Formulierung der Empfehlung vor. Er glaubte nicht daran, dass in den nächsten 30 bis 40 Jahren eine europäische Union geschaffen werden würde. Daher plädierte er dafür, dass die USA eine „verständnisvolle Haltung" gegenüber der Europaidee annähmen, da dies von den an dieser Idee hängenden Europäern sehr positiv aufgenommen werden würde. Da die Empfehlungen des Komitees wahrscheinlich veröffentlicht würden, schlug er vor, eine „machiavellistische Strategie" anzuwenden und in die Empfehlung hineinzuschreiben, dass die USA die Idee der europäischen Einigung „mit Sympathie" betrachteten. Diese „Lüge" würde die USA nichts kosten, denn „wir

[41] NARA, RG 59, HN, box 84, Minutes, 26. 11. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können einigermaßen sicher sein, dass die Europäer selbst die Vorschläge nicht annehmen“[42].

Am 7. Januar 1944 nahm das Komitee letzte Änderungen an seiner Empfehlung vor. Dabei wurde das Wort „Einigung“ vollkommen aus dem Text gestrichen und durch die Formel „engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit“ ersetzt. Die Haltung des Komitees ist allein durch diese Tatsache mehr als deutlich ausgedrückt. Zudem entschied sich das Komitee dafür, den Bezug auf die Sowjetunion fallen zu lassen, als von der Gefahr der Einflussnahme einer außereuropäischen Macht auf den Kontinent die Rede war. Es hielt auch fest, dass die USA eine Union nur dann „mit Wohlwollen betrachten“ sollten, wenn sie von den europäischen Ländern selbst geschaffen würde[43]. Die einzig mögliche Organisationsform für Europa, die sich die Nachkriegsberater vorstellen konnten, war also die einer „losen Union“ bei gleichzeitiger Existenz einer Weltorganisation, die alle großen politischen Fragen regeln und verhindern sollte, dass die USA erneut in europäische Kriege hineingezogen würden. Das Schlussmemorandum wurde am 21. Januar 1944 verabschiedet[44].

Nach der intensiven Analyse der Vor- und Nachteile der verschiedenen Einigungsszenarios in Europa und der Schlussfolgerung, dass eine zu große Einheit Europas den amerikanischen Interessen schaden würde, widmete sich das Komitee der Frage der Unterteilung Europas in verschiedene regionale Organisationen, wie zum Beispiel einer kleinen westeuropäischen Union, einer osteuropäischen Gruppe, den Niederlanden und einer Gruppe der Donaustaaten[45]. Die Haltung des Komitees ist allein an der Reihenfolge der Untersuchung ganz eindeutig abzulesen und lässt sich gut in einem Satz zusammenfassen: „um akzeptierbar zu sein, durfte die Einheit nicht existieren“[46].

Proeuropäische Tendenzen und die Haltung Roosevelts

Allerdings standen nicht alle politischen Köpfe in Amerika dem europäischen Einheitsgedanken negativ gegenüber. Zum Beispiel setzte sich der „Federal Council of Churches“ und sein Präsident John Foster Dulles intensiv mit der Frage einer europäischen Einheit auseinander und kam dabei im Unterschied zum „Council on Foreign Relations“ zu einem positiven Votum, was vielleicht an der Überzeugungskraft seines Direktors gelegen haben mag. John Foster Dulles war in der Tat wohl schon ab 1940 der Meinung, dass nur ein geeintes Europa auch wirtschaftlich florieren könne. Ähnlich dachten William Bullitt und George Kennan; sie sprachen sich explizit für die Gründung einer europäischen Föderation aus, hatten aber nicht das Ohr des amerikanischen Präsidenten. Bullitt verlangte be-

[42] Ebenda, S. 8, Minutes chronological, 10. 12. 1943.
[43] NARA, RG 59, HN, box 84, Protokoll der Sitzung vom 7. 1. 1944.
[44] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 21. 1. 1944; Gerig, How would closer economic and political collaboration affect American interests?, in: Ebenda, R-63d, 21. 1. 1944.
[45] Library of Congress, N. Davis Papers, box 54, Protokoll der Sitzung vom 17. 3. 1944; NARA, RG 59, HN, box 84, Outline on Address on our foreign policy and the war in Europe, 1939.
[46] Pierre Melandri, Les Etats-Unis face à l’unification de l’Europe 1945–1954, Paris 1980, S. 26.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reits im August 1943 eine öffentliche Stellungnahme von Roosevelt, in der er den europäischen Völkern deutlich machen sollte, dass nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Amerika ein Programm für Europa habe. Bullitt wollte, dass die europäischen Völker sich der Tatsache bewusst waren, dass die USA sich in Europa weder Territorien oder wirtschaftliche Vorteile sichern wollten, noch dass sie die Unterteilung Europas in Einflusssphären im Sinn hatten. Seiner Meinung nach sollte der Präsident den Europäern erklären, dass Amerika für Europa das wünschte, was es selber bereits hatte: Freiheit, Demokratie und eine Gemeinschaft souveräner Staaten, in der die Konflikte von einem gemeinsamen Gerichtshof und nicht durch das Militär geregelt würden[47]. Der amerikanische Präsident sollte sogar ankündigen, dass die Amerikaner bei der Bildung einer europäischen Staatengemeinschaft mit einem gemeinsamen Gerichtshof helfen würden.

Sein Appell und die Warnung George Kennans vor der Gefahr einer sowjetischen Expansion verhallten ungehört. Roosevelt hielt nicht viel von der Gründung einer „gesamteuropäischen Organisation"[48]. Sein Interesse galt dem siegreichen Ende des Krieges und dann der Gründung einer Weltorganisation. Cordell Hull dachte ähnlich, er war höchstwahrscheinlich mitverantwortlich für die Prioritätensetzung seines Präsidenten. Der Außenminister fürchtete, dass die Schaffung eines wirtschaftlichen oder politischen Blocks in Europa ein Hindernis auf dem Weg zu seinem Traum von einer Welt mit immer weniger Zollschranken sein könnte[49]. Als einer der engsten Berater Roosevelts versäumte er es nicht, dem Präsidenten seine Argumente genauestens zu erklären. Roosevelt ließ sich nicht ungern von der Notwendigkeit einer Weltorganisation überzeugen und stand der Idee der Schaffung von nationalstaatlichen Zusammenschlüssen immer ablehnender gegenüber. Seine Bedenken, die alliierte Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen, waren es vor allem, die der Diskussion über einen europäischen Zusammenschluss den Boden entzogen. Es war sicher nicht vollkommen zufällig, dass Roosevelts Ablehnung einer europäischen Einigung mit dem sowjetischen Veto gegen diese Idee zusammenfiel[50].

[47] Brief von Bullitt an Roosevelt vom 10. 8. 1943, in: FDRL. William Bullitt, Correspondence FDR.

[48] In den Dokumenten zur Deutschlandpolitik wird allerdings darauf hingewiesen, dass Roosevelt durch die Aufrufe Bullitts für eine Organisation ganz Europas westlich von Russland in einen einzigen Staat zur Eindämmung des russischen Imperialismus verunsichert wurde; vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, 1. Reihe, Band 4, S. XXIX.

[49] Vgl. Hull, Memoirs, Bd. II, S. 1211.

[50] Das Unterkomitee für die internationale Organisation informierte den Präsidenten, dass, gemäß einer „zuverlässigen Quelle", die Sowjetunion sich jeglicher Schaffung einer regionalen Organisation mit politischem Charakter in Osteuropa widersetzt, außer vielleicht einer Organisation, in der der sowjetische Einfluss vorherrschend wäre. Laut „Quelle" sei die Sowjetunion sehr beunruhigt bezüglich der Diskussionen über die Schaffung von europäischen Gruppen, in denen sie nicht Mitglied wäre, da sie befürchtete, diese Gruppen könnten sich eines Tages gegen Russland richten. NARA, RG 59, HN, box 57, Official commitments pertaining to permanent international organization, 1. 5. 1943.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenfassung

Angesichts der vorherrschenden Meinung im Weißen Haus ist es nicht überraschend, dass die Mehrheit der amerikanischen Regierung der Grundhaltung ihres Präsidenten folgte und dass auch die Experten und Berater ihre Diskussionen danach ausrichteten. Trotzdem kann die Bedeutung der Diskussionen in den Studienkomitees nicht genug unterstrichen werden, auch wenn sich die Schlussfolgerungen letztendlich gegen die Schaffung einer gesamteuropäischen Organisation nach dem Krieg aussprachen. Allein die Intensität, mit der sich die amerikanischen Experten mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, ist bemerkenswert. Aber auch die vorgeschlagenen Lösungsansätze verdienen Beachtung. Zu einer Zeit, in der Henry Morgenthau die Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat verlangte, erörterten die Komiteemitglieder, wie Deutschland am besten in Europa integriert werden könnte und seine Wirtschaftsmacht zu nutzen sei. Viele Fragen bezüglich des Zusammenschlusses der europäischen Staaten, die wenig später die Regierung Truman beschäftigten, waren bereits in den Studienkomitees der Ära Roosevelt ausführlich behandelt worden. Der Bruch mit der isolationistischen Politik Amerikas der zwanziger und dreißiger Jahre ist dabei deutlich erkennbar, die USA befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg, den sie ab 1947 gegangen sind. Auch wenn die Entscheidung, Europa bei seiner Einigung aktiv zu unterstützen, vor allem auf die Furcht vor einer Expansion der Sowjetunion zurückzuführen ist und auch wenn das schließlich gefundene Organisationsmodell für Europa nicht vollkommen mit den in den Komitees diskutierten Plänen übereinstimmte, so hatten diese doch das Verdienst, die amerikanische Regierung auf die Herausforderung der Neuordnung Europas nach dem Krieg vorzubereiten.

Wilhelm-Liebknecht-Preis der Universitätsstadt Gießen

Zum Andenken an Wilhelm Liebknecht, den in Gießen geborenen Reichstagsabgeordneten und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vergibt die Universitätsstadt Gießen den »Wilhelm-Liebknecht-Preis«.

Der Preis wird für hervorragende geschichtliche und sozialwissenschaftliche Publikationen oder Arbeiten verliehen, die sich mit den demokratischen und sozialistischen Strömungen und Bewegungen und deren politische und historische Wirkung im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Schwerpunkt Hessen auseinandersetzen. Ausgezeichnet werden selbstständige Arbeiten einzelner Wissenschaftler/innen. In Ausnahmefällen kann der Preis an eine Arbeitsgruppe verliehen werden. Der »Wilhelm-Liebknecht-Preis« ist mit 2.500,— (zweitausendfünfhundert) Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben.

Informationen können bei der u. a. Anschrift angefordert werden. Bewerbungen für die im Jahr 2012 vorgesehene Preisverleihung sind bis zum **31.12.2010** schriftlich zu richten an die

Oberbürgermeisterin der
Universitätsstadt Gießen
Postfach 11 08 20, 35353 Gießen

Dietlind Grabe-Bolz
Oberbürgermeisterin

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 58 (2010), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte